

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 2. Oktober 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hassenstein & Vogler, G. L. Danne, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gutzmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifwald G. Hies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heintz, Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkows. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 1. Oktober. Die bisherigen Nachrichten über die russische Zolltarifrevision lassen erkennen, wie in prohibitiver Weise die neuen Zollsätze bemessen sind. Wenn daher auch die russischen Industriellen im Allgemeinen durch die Vorschläge der Tarifkommission befriedigt sind, so werden doch auch noch weitergehende Wünsche laut. Auf dem Gebiete der Metallindustrie verlangen u. A. die Maschinenfabrikanten im Interesse der Föhrung der russischen Metallfabrikation Zollerhöhungen auf gußeiserne Waaren, eiserne und Stahlschmelzarbeiten, eiserne und Stahlschmelzarbeiten und Stahlschmelzarbeiten im Gewichte von mehr als 5 Pfund, während die Industrie des Urals eine abermalige Erhöhung der Zölle auf Stabeisen, Walzeisen und Schmiedeeisen fordert. Die russische Eisenindustrie verlangt und rechnet mit Sicherheit darauf, daß mit dem Inkrafttreten der projektirten Zollsätze jede Einfuhr von Eisenfabrikaten aus dem Auslande abgeschnitten werde. Man besorgt allenfalls nur, daß unter dem Schutze der neuen Zölle eine ungesunde inländische Konkurrenz entstehen und dadurch Preisdruck und Krisen hervorgerufen werden könnten. Die Auffassung, daß nach dem Inkrafttreten der neuen Zölle Ausland höchstens noch Artikel von bescheidenem Wert vom Auslande bezogen werde, wird auch von den russischen Importeuren geteilt, welche annehmen, daß die nötigen Neu- und Erweiterungsanlagen in kurzer Zeit fertig gestellt sein werden. Hand in Hand mit dieser gegen das Ausland gerichteten extremen Schutzpolitik geht die russische Eisenbahntarifpolitik, welche die Einfuhr zu erschweren und zugleich auch den russischen Osten gegen die Konkurrenz der westlichen polnischen Bezirke zu schützen sucht. Die Frachten nach dem Innern werden erhöht, in der umgekehrten Richtung aber ermäßigt. Diese erfolgreichen Bestrebungen zeigen, wie schutzwillig die russischen Industriellen gesinnt sind und in welchem weitgehenden Maße ihre Ansprüche erfüllt werden.

Der „Reichs-Anz.“ bringt folgende Verordnung betreffend die Einberufung des Reichstages, vom 30. September 1889.
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen etc.
Verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung, im Namen des Reichs, was folgt:
Der Reichstag wird berufen, am 22. Oktober dieses Jahres in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen Wir den Reichspräsidenten mit den zu diesem Zwecke nötigen Vorbereitungen.
Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne.
Gegeben Neues Palais, den 30. September 1889.
(L. S.) Wilhelm.

Fürst von Bismarck.
In der Presse wird auf Grund einer Mitteilung des „Schiffs“ die Meinung verbreitet, daß in der preussischen Verwaltung eine Trennung des Hochbau- und des Wasserbaufaches beabsichtigt und demzufolge in dem nächstjährigen Etat eine Anzahl neuer Wasserbauinspektoren ausbezahlt sei. Die Trennung zwischen Hochbau und Wasserbau ist aber in Wahrheit längst durchgeführt. Nicht bloß das Studium ist für Architekten, Ingenieure und Maschinenbauer längst getrennt, auch in der Verwaltungsgliederung ist die Trennung, soweit überhaupt angängig, durchgeführt. Die Akademie des Bauwesens zerfällt in eine Hochbau- und eine Ingenieurabteilung, in der Bauabteilung des Ministeriums fungieren besondere Ober-Bauinspektoren und Räte für Hoch- und Wasserbau; selbst in dem technischen Bureau sind beide Zweige des Bauwesens getrennt. An den Provinzialregierungen fungieren neben den Architekten je nach der Bedeutung des Wasserbaues Wasserbauinspektoren oder Wasserbauinspektoren, letztere als Hilfsarbeiter. Endlich ist auch in der Lokalinsanz die Trennung zwischen Hoch- und Wasserbau vollständig durchgeführt. Allein bezüglich der aus Bundeszweck honorigen Stellen der Regierungsbauämter und Bauinspektoren im besonderen Dienst besteht eine solche Trennung aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Verwaltung und Vertheilung dieser Stellen zwischen Hoch- und Wasserbau sich nach den jeweiligen vorliegenden Bauten richtet. Eine Veränderung ist in dieser Hinsicht kaum möglich und jedenfalls nicht beabsichtigt. Nicht unwahrscheinlich ist es allerdings, daß die starke Vermehrung der Staatsbauten, das eine Vermehrung dieser Stellen zur Erwägung steht und daß dabei insbesondere auch der Bedarf für die großen Kanalbauten und die Überwachung der von Hochwasser bedrohten Gebiete in Betracht gezogen ist.

Ueber die Verdrängung der Blockade in Ostafrika wird der „Voss. Ztg.“ heute in Vertheilung der gestrigen Mitteilung gemeldet:
London, 1. Oktober. Eine Mitteilung der „Times“ aus Sansibar vom 30. September lautet: Die Blockade endet morgen Mittag. Die deutschen Besatzungen verbieten die Einfuhr von Waffen und Munition in ihr Territorium und wünschen, daß England ein Gleiches thue. Der Verkauf von Waffen und Munition in Sansibar ist deutscherseits ebenfalls noch nicht gestattet.

Die gemeinschaftliche Blockade-Erklärung des deutschen und des englischen Admirals erging am 30. November v. J. Die Blockade hat demnach volle zehn Monate gedauert. Sie erstreckte sich auf die Küstenlinie zwischen dem 10° 28' und 2° 10' nördl. Breite und schloß auch die Inseln Mafia, Lamu und andere kleine, nahe der Küste liegende Inseln ein. Ihr Zweck war die Verhinderung der Einfuhr von Kriegsmaterial und der Ausfuhr von Sklaven. Nachdem bezüglich der Sklavenausfuhr die bekannte Verordnung des Sultan von Sansibar ergangen und den Mächten das Schiffsdurchsuchungsrecht in den sonstigen Gewässern auch ferner eingeräumt worden, ist in diesem Punkt für die Blockade genügender Erfolg geschaffen. Was die Einfuhr von Kriegsmaterial betrifft, so ist nach der obigen Nachricht deutscherseits sofort mit Aufhebung der Blockade ein darauf bezüglicher Verbot ergangen. Der Wunsch, daß die Engländer diesen Beispiel folgen, darf bei den gegenwärtigen Beziehungen beider Theile wohl auf Erfüllung rechnen. Eine andere Frage ist, ob auch der Sultan zu einem Einfuhrverbot bezüglich der Insel Sansibar sich entschließen wird. Dem ihm sehr nahe liegenden Interesse am Handel und an den Zöllen wäre damit allerdings nicht gedient. Wenn deutscher-

seits einwilligen der Verkauf von Waffen und Munition auf Sansibar verboten worden ist, so kann sich dies Verbot nur gegen Deutsche richten, ohne im übrigen den Hoheitsrechten des Sultan Eintrag zu thun.

Einige Blätter bringen Angaben über die Kopfzahl der zur Zeit pensionirten Militärs, welche augenscheinlich den Angaben des im Bundesrath noch nicht zur Verathung gelangten Reichsetats über den allgemeinen Pensionsfonds für 1890/91 entnommen sind. Diesen Zusammenstellungen werden stets die Zahlen zu Grunde gelegt, welche Ende Juni des vorhergehenden Jahres in Geltung sind. Danach würden nun gegenüber dem Bestande am Ende Juni 1888 Ende Juni 1889 in Preußen und den unter preussischer Militärverwaltung stehenden Staaten an pensionirten Militärs mehr vorhanden gewesen sein: 11 Generale der Infanterie und Kavallerie, 26 Generalleutnants, 2 Generalmajors, 16 Obersten, 17 Oberstleutnants, 37 Majors, 69 Hauptleute und Rittmeister, 4 General- und Oberstabsärzte, 33 Premier- und Sekondelieutenants, 5 Stabs- und Assistenzärzte, 156 Feldwebel, Oberfeuerwerker und Wachmeister, 159 Sergeanten und Unteroffiziere, sowie 1502 Gefreite, Gemeine und Spelleute.

In Alexandria hat sich in neuerer Zeit die Zahl unsozialer Firmen in Folge der ungünstigen Geschäftslage und des fortwährenden Abgabedruckes der heimischen Industrie vermehrt. Viele stillstehende gewerbliche Anstalten haben sich als Agenten und Importeure etabliert und eine nicht geringe Zahl dieser Existenzen ist durch Mißerfolge auf die schiefse Bahn des Verschuldens der Waaren gerathen worden. Hierdurch wird der legitime Handel nun so empfindlicher geschädigt, als der Absatz ohnehin zurückgegangen ist. Dazu kommt noch eine Verschlechterung der Kreditverhältnisse, die in vielfachen Zahlungseinstellungen im Kreise der von den Importeuren bedienten Kunden ihren Ausdruck gefunden hat. Der deutschen Industrie ist daher Vorsicht in der Wahl von Agenten von Vertretern in Egypten zu empfehlen.

Für die Frage der Goldwährung von besonderem Interesse sind die Ausführungen, welche der Hütteningenieur Adolf Götz in Berlin gegen die Theorie von Eduard Süss in seinem Buche „Ueber die Zukunft des Goldes“ ins Feld führt, wonach sich voraussichtlich nach wenig Jahrhunderten die Goldwährung dauernd und in außerordentlichem Maße vermindern und dieses Metall bei fortwährend zunehmender Seltenheit nicht mehr im Stande sein wird, seine bisherige wirtschaftliche Stellung zu behaupten. Süss gründet diese seine Behauptung wesentlich darauf, daß die Gefaltung der Gewinnung des Goldes aus dem Schwemmlande allein maßgebend sei für seine künftige wirtschaftliche Rolle und daß viel mehr als die Hälfte der mit den bisherigen Mitteln überhaupt erreichbaren Menge Goldes bereits durch die Hand des Menschen gegangen sei. Dem gegenüber legt Herr Götz, der längere Zeit die südafrikanischen Goldminen an Ort und Stelle studirt hat, dar, daß das südafrikanische Gold nicht aus dem Schwemmlande, sondern fast ausschließlich aus Lagern und Gängen im festen Gebirge stammt, daß dort die Goldgewinnung des Jahres 1889 allein trotz der geringen Entwicklung der Ausbeutung dieser neuen Felder den Werth von 40 Millionen Mark erreichen wird und daß noch anderweitig noch reiche Goldlagerstätten aufgefunden werden können, deren Ausbeute um so ergiebiger werden wird, als auch die metallurgische Wissenschaft in den letzten fünfzig Jahren ganz außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Herr Götz hält es deshalb zur Zeit nicht für möglich, ein nur einigermaßen zuverlässiges Urtheil über die zukünftige Goldgewinnung sich zu bilden.

Es ist bekannt, daß die Bedeutung des westafrikanischen Handels vielfach unterschätzt wird. Die jüngste, seeben herausgegebene Nummer der „Afrika-Post“ enthält einen Artikel über Hamburgs Handel mit Westafrika, der auf Grund beglaubigter statistischer Angaben zu dem geradezu überraschenden Resultat gelangt, daß Hamburgs Einfuhr von Westafrika im Jahre 1888 (513,770 Doppel-Zentner im Werthe von 15,542,080 Mark) sowohl dem Quantum, wie dem Werthe nach viel bedeutender ist, als die Einfuhr von China und Japan zusammen, und daß sie beinahe so groß ist, wie die Einfuhr von Britisch-Indien. In der Ausfuhrseite nimmt West-Afrika sogar die vierte Stelle ein und wird nur übertroffen von den Vereinigten Staaten, Brasilien und Argentinien. Diese Thatsachen beweisen, daß der Handel mit West-Afrika schon in der Gegenwart einen wichtigen, nicht zu unterschätzenden Factor des deutschen Wirtschaftslebens bildet. Wie ganz anders wird aber die Bedeutung des dunklen Erdtheiles mit der Erschließung des Innern desselben wachsen! Bis jetzt beschränkt sich der große Verkehr West-Africas mit Hamburg und England fast ausschließlich auf die unmittelbaren Küstengebiete und fast nur auf solche Produkte, die von wild wachsenden Pflanzen geerntet werden. Der zunehmende Kaffee-Export und die kameruner Tabak-Plantagen zeigen, was zu erreichen ist, wenn der Plantagenbau erst allgemein mehr aufgenommen wird. Wird der Verkehr ferner durch Eisenbahnen weiter mit dem Innern vermittelt und den Grenzen der Sklavenslaven Einhalt gehalten, dann sind abermals viele Millionen Menschen für den europäischen Verkehr gewonnen, weit mehr als überhaupt in den jetzigen Handelsgebieten existieren.

Man schreibt der „Nat.-Ztg.“ aus Baden, 1. Oktober:
Der Krieger-Vereins-Verband hielt gestern in Bruchsal seinen ersten Sammelabend, dem der Großherzog von Baden beehrte. Auf einen ihm dargebrachten Toast antwortete der Großherzog in einer längeren, das Wesen der Kriegervereine und ihre Stellung zur Gesellschaft beleuchtenden Rede. In dem der Großherzog auf die Entstehung der badischen Militär-Vereine verwies, die sich vor 50 Jahren im Lande gebildet hatten, führte er wörtlich fort: „Wir müssen uns immer fragen: ist es nur die Erinnerung, welche die alten Krieger in Vereinen zusammenführt, oder ist es vielmehr die Schule, die sie durchgemacht haben. Ich bleibe gern bei letzterer stehen, denn sie werden es alle empfunden haben, wie bedeutungsvoll ist es, die Schule der Armer durchgemacht zu haben. Es gehört sehr viel dazu, um den Pflichten zu genügen, welche die Nothwendigkeit an den Einzelnen stellt. Wer diese glücklich durchgemacht hat, hat die Lebensschule durchgemacht und bringt nach Hause diejenige Erfahrung, welche nützlich ist im ganzen übrigen bürgerlichen Leben und so befruchtigt sie insbesondere das Befehlen und die Fortentwicklung der Militär-Vereine, denn das Pflichtgefühl, die Treue, die Hingebung, die aufopfernde Selbstlosigkeit, das sind Eigenschaften, die gepflegt werden, da wo Gehorsam verlangt wird. Gehorsam allein lautet sehr hart, aber er wird verstanden, weil er den Eigenschaften, die ich vorhin nannte, vorangeht und weil man die Ueberzeugung hat, daß ohne diesen Gehorsam weder in der Armer noch im Leben irgend etwas mit Erfolg durchgeführt werden kann. Halten Sie also fest an den Grundsätzen, auf denen die Militär-Vereine aufgebaut sind, und sorgen Sie auch dafür, daß auch die nachfolgende Generation, diejenigen jungen Leute, die aus der Armer hervorstreten, reichlich den Militär-Vereinen beitreten, um die erworbene Schule mehr und mehr zu pflegen und sich an denjenigen zu erheben, die schon Großes und Erhabenes erlebt haben. Sie, meine älteren Freunde, sind ganz besonders dazu berufen, diese Schule zu pflegen und durchzuführen.“

Im „Deutschen Wochenblatt“ hat der Dezerent für die politische Vertheilung der Berliner Polizeibehörde, der Regierungsrath Dr. Zacher, einen längeren Aufsatz veröffentlicht über die Stellung, welche die verschiedenen Vereinsgehalte der deutschen Bundesstaaten den Arbeiter-Zugangsorganisationen gegenüber einnehmen. Die Darlegungen des Verfassers lassen sich äußerlich in folgende zwei Hauptpunkte zusammenfassen: Die Bestimmungen der meisten Vereinsgesetze, welche den gewerkschaftlichen Verbänden die Behandlung politischer Fragen untersagen, treiben diese Vereinigungen, soweit sie von sozialistischen Arbeitern gebildet werden, zu einer einseitigen Bevorzugung der Streikfrage, so daß sie zu der Ansammlung des Streikwesens, wie wir eine solche während der letzten Jahre erlebt haben, wesentlich beigetragen haben dürften. Zweitens bemängelt Dr. Zacher die Verschiedenartigkeit der einzelnen bundesstaatlichen Vereinsgesetze, welche in dem Arbeiter das Gefühl der Nothwendigkeit hervorzurufen geeignet seien. — Begreiflicherweise waren die freisinnigen und liberalen Organe schnell bei der Hand, diese Ausführungen des politischen Fachschriftstellers für ihre Parteizwecke auszunutzen; die freisinnigen, denen Herr Dr. Zacher angeblich beistimmt, haben sich, daß die Arbeiter-Organisationen in ungerechter Weise durch die Vereinsgesetze bevormundet werden, und diese letzteren selbst die Schuld an dem Massenstreikvorleben, — die liberalen Organe, welche in ihrer Vorliebe für „gemeinrechtliche und staatsrechtliche“ Beaufsichtigung der Sozialdemokratie den Artikel des „Deutschen Wochenbl.“ als einen Beweis dafür erkannten, daß die Polizeibehörden nicht im Stande seien, die Arbeiterbewegung in „organischer Weise“ im Zaum zu halten, weshalb eine Reform der gegen die Ausbreitung der Arbeiterbewegung gerichteten Gesetze dringend notwendig sei. Demgegenüber möchten wir hervorheben, daß diese beiden Beurtheilungen des Zacher'schen Aufsatzes unserer Ansicht nach die wahren Beweggründe des Verfassers nur sehr wenig treffen. Wir wollen die Frage unerbötlich lassen, ob die schärfere Hervorhebung einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation als politischer und natürlicher sozialdemokratischer Verein für das Staatswohl vortheilhafter sei, als ein nur auf das Streifen ausgehender Verein, zumal sich auch Dr. Zacher wohl gehütet hat, dieselbe bedingungslos zu bejahen, und möchten deshalb nur den zweiten Punkt in eine nähere Erwägung ziehen. Hier aber glauben wir bei dem Verfall der obenbaren Hinweise darauf zu finden, daß bei der Schwierigkeit, welche bei den allerdings bedenklichen Bestimmungen mancher Vereinsgesetze eine gleichmäßig beherrschende Behandlung der Arbeiterbewegung für ganz Deutschland mit sich bringt, der einzige Ausweg in der von Berlin aus schon mehrfach angeregten einheitlichen Organisation der politischen Polizei für das ganze Reich gefunden werden konnte. Dem darauf, daß an Stelle der einzelnen Vereinsgesetze in absehbarer Zeit eine reichsgesetzliche Regelung dieser Bestimmungen treten dürfte, ist gegenwärtig wohl kaum zu rechnen. Um so mehr müßte die erste Frage bei der Erlebung des Sozialistengesetzes eine hinlängliche Beachtung erfahren müssen; und sollten vielleicht auch hier partikularistische Bedenken mit größerem Gewicht in die Waagschale fallen, so könnte uns das Beispiel der Schweiz, die trotz ihrer republikanischen Gesinnungen und trotz ihrer kantonalen Sonderbestrebungen den Bundesamt und eine zentrale politische Polizeibehörde für unerlässlich erkannt hat, hierin als Wegweiser dienen.

Der Begriff landwirtschaftliche Brennerei wird von dem Provinzial-Steuerdirektor zu Hannover in einer dem „Hann. Cour.“ zugegangenen Verordnungsung wie folgt festgestellt:
„Hannover, 26. September 1889.
Die Redaktion ersuche ich auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1877 (Reichs-Gesetzblatt 1874, Nr. 65 ff.) ergebenst, nachfolgende Verordnungsung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung zum Abdruck zu bringen:
In Nr. 16,222 des „Hannoverschen Couriers“ befindet sich auf S. 3 unter dem Titel „Landwirtschaftliche Brennereien“ ein Artikel, in welchem landwirtschaftliche Brennereien als solche definiert werden, welche nur während der Zeit vom 1. Oktober bis 15. Juni betrieben werden, woraus folgt, daß, wenn Brennereien, die unter dieser Kategorie der gewerblichen fallen, welche den hohen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe zu erzielen haben. Dann würden solche Brenner — so heißt es weiter — für das ganze Vertriebsjahr vom 1. Oktober v. J. bis 30. September v. J. in Bezug auf die stammhaltigen vorgekommenen Einmischungen die Differenz zwischen dem ermäßigten und dem höheren Steuerzue nachzahlen haben und würden dieselben außerdem für die Folge der Begünstigung verlustig gehen, welche das Gesetz den landwirtschaftlichen Brennereien einräumt. Dies ist zum Theil unrichtig. Landwirtschaftliche Brennereien sind nach § 41 Absatz 1a des Braumweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 solche, in denen ausschließ-

lich Getreide oder Kartoffeln verarbeitet werden und bei deren Betrieb die sämtlichen Rückstände in einer oder mehreren den Brennereibesitzern gehörenden oder von denselben betriebenen Wirtschaften verflüssigt werden und der erzeugte Dinger vollständig auf dem dem Brennereibesitzern gehörenden oder von denselben bewirtschafteten Grund und Boden verwandt wird.

Sie können auch in der Zeit vom 16. Juni bis 30. September in Betrieb sein, ohne dadurch unter die Kategorie der gewerblichen Brennereien zu treten und für die Folge der Begünstigung verlustig zu gehen, welche das Gesetz den landwirtschaftlichen Brennereien einräumt; nur unterliegen solche, welche an einem Tage mehr als 1500 Liter Dittichraum bemaßen, falls sie in der begünstigten Zeit betrieben werden, für diese Zeit nach § 42 II, Absatz 1 des obengedachten Gesetzes, anstatt der Maßschottsteuer dem Zuschlag zur Verbrauchsabgabe in Höhe von 20 Pf. für das Liter reinen Alkohols.

Der Provinzial-Steuerdirektor.

Jaehnigen.
— Ueber die Katastrophe von Neapel wird dem „V. Z.“ aus Rom vom 28. September gemeldet:

Eine Katastrophe muß das Unglück benannt werden, das gestern die schöne Stadt Neapel aus ihrem gemüthlichen Dasein so rasch aufgerüttelt hat. Schon unsere Telegramme gaben eine Schilderung von dem Urdan und seinen für die Stadt Neapel so verhängnisvollen Folgen; heute fügen wir brieflich einige Einzelheiten bei, die leider die Tragik des gestrigen Ereignisses in ihrem vollen Umfang bekräftigen.

Am meisten litt unter der Wucht des Sturmes und dem Anprall der Wassermassen die Quartiere Posillipo und Positano, ferner das Nido Crispiano, der Borgo Sant'Antonio Abate und die Via Carone, wo allein 37 Häuser gerammt wurden, wobei die an dem Unglückstage an allen Ecken und Enden in Anspruch genommene Feuerwehre die Menschen theilweise mit eigener Lebensgefahr in Sicherheit brachte. Zahlreiche Gebäude, deren Grundvesten das über zwei Stunden ununterbrochen niederflitzende Wasser unterwühlte hatte, brachen ganz oder zum Theil zusammen, so der Palazzo Bartoli an der Riviera und der Palast des Barons Aquila in S. Nicola Tolentino; ganz zu geschweigen der Verkaufsgewölbe der kleinen Ufer, der Häuser von Positano, wovon 40 von der Gefahr des Einsturzes bedroht sind, und des Posillipo, dessen reizende Landschaft in eine chaotische Wüste verwandelt ist.

Werkwürdig ist es, daß gerade am Tage vor dem Urdan der schöne Palazzo Sansevero zum Theil zusammenfiel, wobei auch die berühmte Kapelle mit dem „moden Christus“ Sammartino's Schaden litt.

Glücklicherweise ist kein Menschenleben zu beklagen, nur der Duca Mirello, einer der wenigen neapolitanischen Edelleute, die etwas mehr als den Demuthen ihr eigen nennen, betrauert den Verlust seines eisernen Geldschrankes, der 150,000 Francs enthalten haben soll.

Was den Urdan von gestern nun betrifft, so wurde auch Ministerpräsident Crispi in sehr empfindlicher Weise davon betroffen, da seine Villa — Villa Ima genannt — der Zerstörung nur durch ein Wunder entging. Gerade dem stärksten Anprall der niederflitzenden Fluthen ausgesetzt, hätte das Landhaus von den Gefährten mit fortgerissen werden müssen. Die sich vor der Partemauer stauten, und es war ein Glück, daß durch den Einsturz dieses Damms die Wucht des Geschiebes gebrochen und dem Wasser ein Abfluß gewährt wurde. Immerhin steht es in der Behandlung des Ministerpräsidenten erstickend an. Nicht nur, daß alle unteren Räumlichkeiten unter Wasser stehen, sondern auch der reizende Park, die Freunde der lieblichen Tochter des greisen Staatsmannes, ist völlig zerstört, ein Schaden, der sich hoch in die Tausende beläuft. Angesichts der Katastrophe, die leicht eine sehr schlimme Wendung hätte nehmen können, bewies Herr Crispi wieder einmal die Kaltblütigkeit, die er als Staatskabinett in den Tagen der Vordarfenkämpfe und Freiheitskämpfen bewiesen — in jenen Tagen, da der jetzige Diplomat noch als Rothknecht dem Tode ins Auge blickte.

Herr Crispi arbeitete in seinem zu ebener Erde gelegenen Arbeitskabinett zusammen mit seinem Sekretär Mayor, einem auch in Berlin wohlbekannten und beliebten jungen Diplomaten, als plötzlich ein furchtbarer Knall ertönte und viele Menschen unter lauten Geschrei an der Villa vorbeiflohen. Als Herr Crispi aus dem Fenster trat, sah er bereits die zügende Fluth heranrollen, die vom Vomero her sich über den Corso Vittorio Emanuele Bahn gebrochen und nun mit elementarer Gewalt gegen die Villa zurüchtete. Knapp begab sich der Ministerpräsident zu seinem im ersten Stock wohnenden Damen, die im ersten Augenblick des Schreckens und unter dem Eindruck des auch von ihnen vernommenen besonderen Geräusches erklärlicher Weise an ein neues Attentat gedacht hatten. Zum Glück für die Villa darf gleich darauf der Sturm und das Wasser zertheilt sich, so daß alle Gefahr beiseite war. Trotzdem hatte sich die Kunde vom Ereigniß im Nu in der ganzen Stadt verbreitet und das noch unter dem Eindrucke des Caporalischen Attentates stehende abergläubische Volk rief sich, von frommem Schauer geschüttelt, die Worte zu: „E caduta a casa e Crispi!“ (Das Haus Crispi's ist eingestürzt.) Dem war nun glücklicherweise nicht so, im Gegentheil gelang es den vereinten Anstrengungen von Feuerwehre und Militär, den Ministerpräsidenten und die Seinen, sammt seiner Villa, gar bald wieder aufs Trockene zu setzen, leider nicht ohne die bereits erwähnten großen Verluste.

In Neapel wie anderswärts ist der Unwille über die elende Stadterhaltung groß, deren Inbegriff und Leichnam die Katastrophe ermöglicht hat. Auch soll der Bürgermeister bereits demissionirt haben, ehe ihn die Wähler nach Hause schickten, denn bekanntlich stehen die Gemeindevätern vor der Thür. Wie groß der finanzielle Verlust ist, der dem ohnehin arm gebetteten Neapel wieder aufgebürdet ist, läßt sich jetzt noch nicht feststellen. Jedenfalls geht er, wenn sich die bisherigen Nothposten bekräftigen, in die Millionen.

Frankreich.
Paris, 1. Oktober. Die meisten Journale berichten, daß die russische Kommission mit dem russischen Banner sich im Besitze befand und mit stürmischem Beifall begrüßt wurde, als sie

vor der Tribüne des Präsidenten Carnot das russische Banner zeigte. Thatsächlich war aber die russische Kommission gar nicht im Zuge, was nur durch ein spezielles Verbot erklärlich ist. Dagegen figurirte die Kommission Finnlands, welches letztere auf dem Marsfelde einen besonderen Pavillon besitzt. Ihr Banner mit dem russischen Adler wurde dann für die russische Fahne gehalten und demonstrativ begrüßt. Während zahlreiche Sekretäre und Attachés der deutschen, der österreichischen, der italienischen, der spanischen Botschaft u. i. w. der Einladung gefolgt waren, in der Tribüne des Präsidenten der Republik an der Feier theilzunehmen, hatte sich ausfallenberweise nicht ein einziges Mitglied der russischen Botschaft eingeunden. Daraus folgt, daß der Zar bis zum Schlusse seine Antipathie gegen die Centennarfeier der großen Revolution beibehalten wollte.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. September. Vor wenigen Tagen hat das Landstingsmitglied Graf Ahlefeldt auf der Insel Rangeland eine Rede über die innern politischen Verhältnisse gehalten, in der es heißt:

„Ich wiederhole bei dieser Gelegenheit, was ich früher in dieser Versammlung gesagt habe, daß der Reichstag erst recht Bedeutung und Macht bekommen wird, wenn sich in beiden Abtheilungen derselben eine fröhliche und starke Landmannspartei bildet. Eine solche Partei müßte viel Bedeutung und Einfluß bekommen, weil sie Kraft und Zusammenhalt durch gleichartige und gemeinsame Interessen erhielte, und weil sie aus Vertretern des Standes zusammengefaßt wäre, von dem die jetzigen einzigen materiellen Entwürfungen des Landes abhängt. Ich gestehe, daß ich die Hoffnung hege, daß dieses Ziel erreicht werde, daß die Landbewohner nicht, wie jetzt, zerstückelt dastehen, so daß die einzelnen Klassen derselben sich als Gegner bekämpfen, sondern daß sie sich einigen und zusammenarbeiten. Aber soll dieses Ziel erreicht werden, sollen wir überhaupt hoffen dürfen, einer gebunden politischen Zukunft entgegenzugehen, muß dem gegenwärtigen großpolitischen Streite Einhalt gethan werden. Dieses durchzuführen, bekommen wir keine besseren Männer als die, welche das gegenwärtige Ministerium bilden.“

Dieser Gedanke eines Zusammenstufes der großen und kleinen Grundbesitzer ist nicht neu. Er ist der gewichtigste, der in den dreißigjährigen Wahlen vorgekommen ist und überhaupt vorkommen kann. Die Bedingungen zur Verwirklichung desselben wären jetzt zweifellos günstiger als je. Für das Land wäre die Verwirklichung einer einzigen Mehrheit des Grundbesitzes in beiden Thingen gleichbedeutend mit einer Vertheilung aus dem Regen in die Dachtraufe. Inzwischen hat es mit dieser politischen Neubildung gute Wege. Voreerst muß eine Frage gestellt werden, ob die welche der Graf seine Hoffnung nicht hat überschauen wollen, nämlich die: Werden die Bauern ihren alten Groll und ihr altes Mißtrauen gegen den Großgrundbesitzer, von dem sie so lange abhängig waren, aufgeben, sich ihm vertrauensvoll anschließen und sich von ihm leiten lassen? Das ist durchaus nicht anzunehmen, denn bei diesen Leuten bestimmt das Gefühl weit mehr als der Verstand.

Bulgarien.

Sofia, 30. September. An Stelle Clements wurde der Samakower Metropolit zum Mitgliede der Synode gewählt und auch für den regierungseindlichen Bragat Metropolit wird eine Erhebung stattfinden. Hiermit dürften die Kirchenfreireiheiten als beendet erscheinen.

Afrika.

Lümburg (bei Utrecht in Transvaal), 23. August. Zwanzig Jahre sind verflossen, seitdem der erste Diamant in Südafrika am Baal-Fluß gefunden wurde. Die Kimberley-Minen wurden einige Jahre nach diesem ersten Fund in Angriff genommen, und ungeachtet einer Verarbeitung von 17 Jahren ist heute der Zeitpunkt, in dem diese Erfindung eintreten muß, noch nicht abgesehen. Eine Zusammenkunft der Theilhaber an der De Beers-Minen wurde kürzlich in Kimberley abgehalten, und der Bericht sowohl der Direktoren wie auch die Rede des Vorstehenden der Gesellschaft Bernardo verdienen in weiten Kreisen verbreitet zu werden. Der Gesellschaft steht ein Kapital von beinahe vier Millionen Pfund Sterling zur Verfügung. Im Laufe des letzten Geschäftsjahres hatte sie aus den Minen 944,706 Labungen von „Klaum Grum“, 712,263 Labungen wurden gewonnen, was 914,121 Karat ergab im Werthe von 901,818 £. Die Ausgaben betrugen betragen 591,408 £, der Gewinn also 310,410 £. Die Anlagen der Gesellschaft kosteten einschließlich 3 1/2 Millionen Kimberley-Zentral-Aktien 3,763,457 £. Die Maschinen u. i. w. werden auf 163,820 £ geschätzt. Die Gesellschaft hat ein großes Interesse in den Dutoitspan-Minen, sie wird bald in den Anglo-African-Miner herrschen. Sie hat ferner einen Theil von Bultfontein gemietet und hofft, binnen kurzer Zeit das Ganze zu erhalten. Der Bericht besagt, daß die Gesellschaft in zwei Plätzen 12 Millionen Labungen blauen Grundes habe. Es sei die Absicht, Diamanten nicht unter 30 Schill. zu verkaufen, die Gesellschaft habe keinen Vorrath von Diamanten. Die Nachfrage vermehrte sich mit der Vierung. Im Jahre 1883 ertrugen die Minen 2 1/2 Millionen Karat, 1886 über 3, 1887 über 3 1/2, und 1888 3 1/2 Millionen zu einem durchschnittlichen Werth von 2 1/2 Schilling. In der Nähe der Delagoa-Bai hat man kürzlich blauen Grund gefunden, den man näher untersuchen will. Jedenfalls steht fest, daß Transvaal mit seiner Gold-Industrie, deren Ertragsfähigkeit bis jetzt übrigens noch nicht erwiesen ist, trotz allen Preßens und Großthuns mit der Diamanten-Industrie der Kapkolonie nicht im entferntesten einen Vergleich aushalten kann.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 2. Oktober. Der gestrige Quars-tafel-Alarm war ziemlich umfangreich, aber für die stehenden Parteien recht unerfreulich. Den ganzen Tag hielt der Regen an und da besonders die weniger Bemittelten fast nur mit unbedeckten Wagen den Umzug besorgten, hat die Nässe an den Möbelflächen nicht unerhebliche Schäden angerichtet. Wir sahen auf der Lastrade einen Schrank abladen, der in Folge des Regens vollständig „aus dem Leime“ gegangen war, so daß die einzelnen Theile auseinander fielen, und

Man lasse das ungesüßte Getränk ganz abkühlen und schmecke. Nur **Blooker's Caeno** hat dann noch den natürlichen **Caenogeschmack** bewahrt, der bei den anderen bekanntesten Marken durch mangelhafte Fabrikation verdorben und durch künstliches Aroma wieder herzustellen versucht wird. Dieses künstliche Aroma verunstatet aber beim Aufbrühen. Kostet pro Tasse 4 Pfennig. **Fabrikanten J. & C. Blooker, Amsterdam.**

18